Deutscher Bundestag **Drucksache 18/8051**

18. Wahlperiode 08.04.2016

Fragen

für die Fragestunde der 163. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 13. April 2016

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Bulling-Schröter, Eva (DIE LINKE.)	25
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	28, 31
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14
Gohlke, Nicole (DIE LINKE.)	15, 16
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	27
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	11, 21
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	35, 38
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	33, 34
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5
Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12
Movassat, Niema (DIE LINKE.)	19, 32
Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40
Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 41
Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 26
Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 42
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37
Werner, Katrin (DIE LINKE.)	1, 2
Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	29, 30

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 3

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur 3

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 5

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .. 6

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 7

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes...... 9

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie... 9

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts 10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern........ 12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen........ 15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 16

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

1. Abgeordnete **Katrin Werner** (DIE LINKE.)

   Welche Personen bilden derzeit den Vorstand der Conterganstiftung für behinderte Menschen döR?

2. Abgeordnete **Katrin Werner** (DIE LINKE.)

   Welche Konsequenzen zieht das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus dem Rücktritt einzelner oder mehrerer Vorstandsmitglieder der Conterganstiftung für behinderte Menschen?

3. Abgeordnete **Corinna Rüffer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

   Wird nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung der Vorstand der Conterganstiftung regulär bis zum 31. Dezember 2019 im Amt bleiben, oder gibt es aktuelle Änderungen bei der Zusammensetzung des Vorstandes?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

4. Abgeordneter **Stephan Kühn (Dresden)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

   Bis wann plant die Bundesregierung die Ergebnisse der Straßenverkehrszählung 2015 zu veröffentlichen, und wie sollen die Daten im Prozess der Bundesverkehrswegeplanung noch berücksichtigt werden?

5. Abgeordneter **Stephan Kühn (Dresden)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

   Bis wann plant die Bundesregierung die Bewertung der Schienenprojekte, die im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans im „Potentiellen Bedarf“ aufgeführt werden, abzuschließen, die Ergebnisse zu präsentieren und die Öffentlichkeitsbeteiligung zu diesen Vorhaben nachzuholen?

6. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Durch welche konkreten Maßnahmen erfüllt die Bundesregierung die am 26. November 2007 mit dem Land Baden-Württemberg geschlossene Verwaltungsvereinbarung über die Zusammenarbeit zur „Verlängerung der Neckarschleusen zwischen Mannheim-Feudenheim und Plochingen" mit dem Ziel des Ausbaus aller Schleusen bis Plochingen für Schiffe mit einer Länge von 135 Metern innerhalb von „ca. 17 Jahren" angesichts ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 59 auf Bundestagsdrucksache 18/8020, der zufolge die Realisierung der Bundesverkehrswegeplan-Projekte mit einem Nutzen-Kosten-Verhältnis von <1, worunter auch die Neckarschleusen fallen, insbesondere von den zur Verfügung gestellten Mitteln abhängig sind, und welche Form des Ausbaus der Neckarschleusen präferiert die Bundesregierung (Ausbau je einer Kammer auf 135 Meter oder alternativ schnelle Sanierung je einer Schleusenkammer und anschließender Ausbau der zweiten Kammer)?

7. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Rechtsgutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages „Abschalteinrichtungen in Personenkraftwagen" (www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/verkehr/PDF/Gutachten_Abschalteinrichtungen), und seit wann ist der Bundesregierung bekannt, dass die Abgasreinigung bei bestimmten betriebsüblichen Außentemperaturen, z. B. unter 10 Grad Celsius, zum angeblichen Schutz des Motors reduziert oder ganz abgeschaltet wird?

8. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung den Vorschlägen der EU-Kommission folgen (s. www.tagesschau.de/inland/kfz-101.html) und eine Gesetzesinitiative für eine höhere Pendlerpauschale oder eine Senkung der Spritsteuer vornehmen aufgrund der Tatsache, dass die EU-Kommission der vom Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt vorgeschlagenen PKW-Maut eine Absage erteilt hat, und falls ja, bitte Zeitplan und konkrete Ausgestaltung benennen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

9. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) über den derzeitigen antragstellerseitigen Stand der Arbeiten an Anträgen zur Zwischenlagerung der insgesamt 26 ausstehenden Castoren mit verglasten radioaktiven Wiederaufarbeitungsabfällen aus La Hague und Sellafield in Zwischenlagern an Atomkraftwerke-Standorten (ggf. bitte auch mit zeitlichen Prognosen), und ggf. welche Fortschritte wurden bei etwaigen weiteren Sitzungen der gemeinsamen Arbeitsgruppe (AG) des BMUB und der Energieversorgungsunternehmen zu diesem Thema seit der zweiten AG-Sitzung am 16. November 2015 erzielt (ggf. bitte möglichst auch mit Angabe der jeweiligen Sitzungstermine und -teilnehmer wie in der Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 36, Plenarprotokoll 18/142, Anlage 32)?

10. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie ist hinsichtlich des Brennelementabrisses im Lagerbecken des Atomkraftwerks Gundremmingen am 5. November 2015 der Stand der Ursachenklärung und daraus resultierenden Konsequenzen und Vorbeugemaßnahmen (vgl. betreffende Meldung vom 6. November 2015 auf der Betreiber-Webseite), und wie ist der aktuelle Stand bei der Umsetzung der Empfehlungen der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) vom 18. März 2015 zu Brennelemente-Verformungen (bitte vollständige und ausführliche Angabe; zu den RSK-Empfehlungen siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 49, Plenarprotokoll 18/145, Anlage 30)?

11. Abgeordneter **Dr. André Hahn** (DIE LINKE.)

Welche Auswirkungen auf den deutschen Teil der Oberelbe – vor allem hinsichtlich des Oberflächen- und Grundwassers, der Flora, Fauna und der Ökosysteme – würde nach Auffassung der Bundesregierung die Umsetzung des Vorhabens Staustufe Decin in der Tschechischen Republik in den Varianten 1 und 1b (siehe „Dokumentation der Einflüsse des Vorhabens auf die Umwelt gemäß § 8 Gesetz Nr. 100/2001 Slg.“ auf www.ast-ost.gdws.wsv.de) haben, und in welcher Weise wird sich die Bundesregierung mit einer eigenen Stellungnahme oder anderen Aktivitäten an der Umweltverträglichkeitsprüfung beteiligen, auch

mit Blick auf die Tatsache, dass sich die Schiffbarkeit der deutschen Binnenelbe nicht durch den Bau einer Staustufe bei Decin verbessern würde (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 32, Plenarprotokoll 18/114, Anlage 17)?

12. Abgeordneter
Peter Meiwald
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Strebt die Bundesregierung eine gesetzliche Regelung der kostenpflichtigen Abgabe von Plastiktüten an, nachdem der Handelsverband Deutschland e. V. bis zum selbstgewählten Stichtag 1. April 2016 nicht genügend Händler für eine freiwillige Selbstverpflichtung gewinnen konnte und die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara Hendricks, bereits im Januar 2016 eine ordnungsrechtliche Lösung des Problems angekündigt hatte, sollte die freiwillige Selbstvereinbarung nicht zügig greifen (WirtschaftsWoche vom 12. Januar 2016, „Ende der Gratis-Plastiktüte – Hendricks erhöht Druck auf den Handel“), und wenn nein, wie ist der weitere Zeitplan?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

13. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die gemeinsam mit den Ländern im Rahmen der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) erarbeitete Vereinbarung zur Fortführung der Exzellenzinitiative dem Deutschen Bundestag vorzulegen, oder ist die Bundesregierung der Auffassung, dass ein solch zukunftsweisendes Programm im Umfang von mehr als 4 Mrd. Euro und einer Bindungswirkung über drei Legislaturperioden hinaus nur im Rahmen der Gesamthaushalte 2018 ff. dem Parlament zur Entscheidung vorzulegen ist?

14. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Gesamtstrategie strebt die Bundesregierung an, um im Sinne der Einschätzung der Internationalen Expertenkommission Exzellenzinitiative (siehe Endbericht zur Evaluation der Exzellenzinitiative) eine Gesamtstrategie für das deutsche Hochschul- und Forschungssystem zu entwickeln – „Die IEKE ist überzeugt, dass […] die

durch den neuen Art. 91b GG entstandenen Chancen dazu genutzt werden sollten, aus den verschiedenen Initiativen (Hochschulpakt, Qualität der Lehre, Pakt für Forschung und Innovation, Nachfolge Exzellenzinitiative) eine neue Gesamtstrategie für das deutsche Hochschul- und Forschungssystem zu entwickeln" –, und inwiefern sollten aus Sicht der Bundesregierung die einzelnen Pakte bzw. Programme dauerhaft fortgeführt werden (bitte für jeden Pakt bzw. jedes Programm die Perspektive für befristete, dauerhafte Fortführung bzw. Beendigung nennen)?

15. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(DIE LINKE.)

Wie gestalten sich die Details bei der durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Johanna Wanka, in der Presse bekanntgegebenen Fortführung der Exzellenzinitiative durch Bund und Länder, insbesondere hinsichtlich Fördervolumen und Förderkriterien?

16. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(DIE LINKE.)

Wie möchte die Bundesregierung den Deutschen Bundestag über die geplanten Details hinsichtlich der Fortsetzung der Exzellenzinitiative informieren, und plant die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag über die gesetzliche Grundlage zur Fortführung der Exzellenzinitiative als weitreichende strukturverändernde wissenschaftspolitische Maßnahme und über die zur Verfügung gestellten Bundesmittel entscheiden zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

17. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie hat Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller seine Forderung nach einem Verbot von Briefkastenfirmen (Rheinische Post vom 6. April 2016) innerhalb der Bundesregierung vorangetrieben (bitte konkreten Anlass bzw. konkrete Anlässe und Ergebnisse seines Engagements benennen), und wird die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Veröffentlichung der Panama-

Papiere die Erarbeitung einer UN-Steuerkonvention unterstützen, um die globale transnationale Steuervermeidung und -hinterziehung wirksam zu bekämpfen?

18. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie stellt die Bundesregierung nach dem Beitritt des Textildiscounters „Primark“ und des damit verbundenen Austritts des Unternehmens „MDC Sportswear“ (http://de.fashionmag.com/news/Textilbundis-durch-Primark-Beitritt-in-der-Kritik,673858.html#.VwaeY-LyhaQ) sicher, dass das Bündnis für nachhaltige Textilien die Interessen derjenigen Akteure ausreichend berücksichtigt, die sich für weitreichende, nachhaltige Produktionsstandards einsetzen und nicht stattdessen von denjenigen Unternehmen dominiert und geprägt wird, die für die schlechten Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern verantwortlich sind, und wann ist mit der Fertigstellung der Überarbeitung der Anhänge des Aktionsplans des Bündnisses zu rechnen?

19. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

Inwiefern kann die Bundesregierung bestätigen, dass die niederländische Entwicklungsbank FMO und alle anderen im Makeni-Projekt involvierten europäischen Entwicklungsbanken – darunter auch die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH – mit sofortiger Wirkung aus dem „Makeni Project“ des Unternehmens Addax Bioenergy S. A. Sierra Leone aussteigen, wie die FMO nach Informationen des „Sierra Leone Network on the Right to Food“ (SiLNoRF) vor kurzem bei einem Vor-Ort-Termin in Makeni angekündigt hat, und mit welchen Konsequenzen rechnet die Bundesregierung bei einem solchen Ausstieg für die betroffene Landbevölkerung vor Ort, die seit dem Verlust ihrer ursprünglichen Ländereien durch das Makeni-Projekt für den Anbau von Lebensmitteln auf die Bereitstellung von Inputs (z. B. in Form von Maschinen, Saatgut, Düngemitteln) angewiesen ist (www.brotfueralle.ch/fileadmin/deutsch/2_Entwicklungpolitik_allgemein/C_Wirtschaft%20und%20MR/Landgrab/2014_Addax/20140612_Addax_Monitoring_Report_2014.pdf, insbesondere S. 25)?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

20. Abgeordnete **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beabsichtigt die Bundesregierung, auch in Zukunft ihre Meinung über deutsche Presse- und Kunsterzeugnisse gegenüber ausländischen Staats- und Regierungschefs kundzutun, und nach welchen Kriterien entscheidet die Bundesregierung, wann dies notwendig ist?

21. Abgeordneter **Dr. André Hahn** (DIE LINKE.)

Inwiefern kann die Bundesregierung bestätigen, dass der Gesetzentwurf für ein neues BND-Gesetz vorerst auf Eis liegt (siehe „Die Fleurop-Liste“ in DER SPIEGEL, 14/2016), obwohl die Koalition (CDU, CSU und SPD) (u. a. in der Bundestagsdebatte am 12. November 2015 zu einem Gesetzentwurf eines Ersten Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeiten, Bundestagsdrucksache 18/6640, und einem Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/6645 zur Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste) den Handlungsbedarf bestätigt und die baldige Vorlage eines Gesetzentwurfes angekündigt hatte, und wann wird nach derzeitiger Planung die Bundesregierung den angekündigten Entwurf eines neuen BND-Gesetzes in den Bundestag einbringen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

22. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Abkommen zum Tiefsee-Bergbau hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode abgeschlossen (bitte unter Angabe der Lage und Größe der Gebiete, für die Abkommen geschlossen wurden), und in welchen Gebieten wurden bereits (Erkundungs-)Bohrungen vorgenommen?

23. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welchen verbindlichen Umweltverträglichkeitsprüfungen unterliegen diese Bohrungen, und welche Haftungsregelungen gelten für den Fall von möglichen Kontaminationen, die durch Probebohrungen und/oder bei der Förderung der Rohstoffe entstehen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

24. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie viele Visa zur Arbeitsaufnahme nach § 26 Absatz 2 der Beschäftigungsverordnung wurden seit Inkrafttreten der Regelung für Staatsangehörige der Westbalkanländer beantragt bzw. erteilt (bitte jeweils für die einzelnen Auslandsvertretungen aufschlüsseln), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Kritik an dem bürokratischen und zeitaufwendigen Verfahren der Antragstellung (z. B. in der Sendung Frontal21 vom 8. März 2016, www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/2689038/Arbeitsvisa-fuer-Balkan-Fluechtlinge?bc=kua884720)?

25. Abgeordnete **Eva Bulling-Schröter** (DIE LINKE.)

Vertreterinnen und Vertreter welcher deutschen Unternehmen und Verbände, insbesondere aus der Branche der Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz (bitte Name, Funktion, Unternehmen, Branche, Auswahlkriterium angeben), begleiten den Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, auf seiner Reise nach China (und Japan) vom 7. bis 11. April 2016 (www.auswaertiges-amt.de/DE/AAmt/BM-Reisen/2016/160407_CHN_JPN/160407_Reise_CHN_JPN.html), und auf welcher rechtlichen Grundlage hat die Bundesregierung auf der Bundespressekonferenz vom 6. April 2016 die Beantwortung von Fragen zur Zusammensetzung der Wirtschaftsdelegation abgelehnt (www.youtube.com/watch?v=ZU8ELgYxnkU)?

26. Abgeordnete **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Warum gab es ein persönliches Telefonat zwischen der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und dem türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu über den mittlerweile gelöschten Beitrag des Moderators Jan Böhmermann in seiner Sendung NEO MAGAZIN ROYALE im ZDF vom 31. März 2016, und wieso sah sich die

Bundeskanzlerin nicht dazu veranlasst, ebenfalls das Gespräch mit der türkischen Regierung zu suchen, als der deutsche Botschafter in Ankara, Martin Erdmann, vom türkischen Außenministerium aufgefordert wurde, dass die extra-3-Sendung vom 17. März 2016 zu löschen sei?

27. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Worin sieht die Bundesregierung in den heftigen Reaktionen der türkischen Regierung bzw. des türkischen Präsidenten, ausgelöst durch eine extra-3-Satire, die sich kritisch mit Verletzungen der Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei sowie mit dem Vorgehen türkischer Sicherheitskräfte gegen Kurden im Südosten des Landes auseinandersetzte und zur Einbestellung des deutschen Botschafters in der Türkei führte, eine so maßgeblich andere Tragweite, dass „die Stimme Merkels vermisst“ wurde, sie im Gegensatz dazu nach einem Schmähgedicht Jan Böhmermanns „hingegen schnell zum Telefon“ griff (www.tagesschau.de/inland/boehmermann-merkel-101.html), und warum war es der Bundeskanzlerin als Zeichen für das hohe Gut der Meinungs- und Pressefreiheit im Gegensatz zum Jan-Böhmermann-Schmähgedicht nicht so wichtig, auch in der Angelegenheit um die extra-3-Satire und die Einbestellung des deutschen Botschafters mit dem türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu zu telefonieren bzw. sich öffentlich zu äußern?

28. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Inwieweit haben türkische Stellen (Präsident, Regierung, Botschaft) bei der Bundesregierung nach der Ausstrahlung der ZDF-Sendung „NEO MAGAZIN ROYALE“ am 31. März 2016, in der Moderator Jan Böhmermann mit einem Gedicht über den türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdoğan den Unterschied zwischen Schmähkritik und Satire aufgezeigt hat, wegen Präsidentenbeleidigung reagiert (Protest, Strafverlangen etc.), woraufhin Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im telefonischen Gespräch mit ihrem türkischen Amtskollegen Ahmet Davutoğlu am Abend des 3. April 2016 die Bewertung versuchte, dass es sich bei dem Beitrag um einen „bewusst verletzenden Text handelt“ (www.spiegel.de/politik/Deutschland/angela-merkel-kritisiert-jan-boehmermann-verse-ueber-erdogan-merkel-kritisiert-jan-boehmermann-verse-ueber-erdogan-deutlich-a-1085333.html), und inwieweit wird die Bundesregierung die gemäß § 104a des Strafgesetzbuchs erforderliche Verfolgungsermächtigung gegen Jan Böhmermann und

weitere Verantwortliche des ZDF wegen Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes erteilen (www.welt.de/politik/deutschland/article154082885/So-kann-die-Tuerkei-gegen-Jan-Boehmermann-vorgehen.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

29. Abgeordnete **Sabine Zimmermann (Zwickau)** (DIE LINKE.)

Wie viele der Verstorbenen hatten nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2005 bis 2015 jeweils zum Zeitpunkt ihres Ablebens noch nicht das 65. Lebensjahr erreicht, und wie hoch war ihr Anteil an der Gesamtzahl der Verstorbenen des jeweiligen Jahres?

30. Abgeordnete **Sabine Zimmermann (Zwickau)** (DIE LINKE.)

Wie viele der Verstorbenen hatten nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2005 bis 2015 jeweils zum Zeitpunkt ihres Ablebens noch nicht das 60. Lebensjahr erreicht, und wie hoch war ihr Anteil an der Gesamtzahl der Verstorbenen des jeweiligen Jahres?

31. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Welche konkreten negativen Erfahrungen liegen dem Bundesministerium des Innern vor zu der Regelung, dass anerkannte Flüchtlinge drei Jahre nach ihrer Anerkennung eine Niederlassungserlaubnis erhalten, wenn ihre Schutzbedürftigkeit fortbesteht, weil der Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière vorgeschlagen hat, diese Regelung zu ändern, und inwieweit unterscheidet sich die Situation noch erwerbsloser anerkannter Flüchtlinge in Hinblick auf die Aufgabe ihrer Integration substantiell von der Situation anderer noch erwerbsloser Drittstaatsangehöriger, die einen rechtmäßigen Aufenthaltsstatus zum Beispiel im Rahmen der Familienzusammenführung erhalten haben, vor dem Hintergrund, dass nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 1. März 2016 in der Rechtssache C-443/14 und C-444/14 nur dann eine Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge zulässig wäre (bitte ausführen)?

32. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

Welche konkreten Pläne hat die Bundesregierung, Abschiebeabkommen mit den Staaten Nordafrikas nach Vorbild des EU-Türkei-Abkommens abzuschließen, die der Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, auf einem Treffen von EU-Innenministern am 5. April 2016 benannte (www.zeit.de/politik/deutschland/2016-04/thomas-de-maiziere-abschiebung-abkommen-nordafrika-europa-fluechtlingspolitik), und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass abgeschobene Migrantinnen und Migranten in den jeweiligen Ländern eine menschenrechtskonforme Behandlung erfahren?

33. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

In wie vielen Fällen von Personenkontrollen und -überprüfungen durch die Bundespolizei im Rahmen von Grenzkontrollen bzw. Schleierfahndung (bitte differenzieren) ergab sich seit Einführung von Grenzkontrollen an den deutschen EU-Binnengrenzen im September 2015 ein Verdacht der (gewerbsmäßigen) Schleusung bzw. terroristischer Tätigkeiten (bitte nach Monaten und vorgeworfenen Delikten differenzieren), und wie viele Straftaten wurden im Jahr 2015 bei anlasslosen Personenkontrollen durch die Bundespolizei festgestellt?

34. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass es bei der asylrechtlichen Einstufung von Herkunftsstaaten als sicher, soweit dabei auf Schutzquoten im Asylverfahren zur Begründung Bezug genommen wird, auf die bereinigten Schutzquoten (ohne formelle Entscheidungen) ankommen muss, weil in die unbereinigte Schutzquote auch formelle Entscheidungen mit einfließen, die jedoch keine Bewertung der individuellen Schutzbedürftigkeit oder der Lage im Herkunftsland beinhalten, was sich bei den Herkunftsländern Marokko und Algerien so auswirkt, dass die unbereinigten Schutzquoten weniger als halb (in Marokko) bzw. weniger als ein Drittel (in Algerien) so hoch sind wie die bereinigten Schutzquoten (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 14 auf Bundestagsdrucksache 18/7734, bitte ausführlich begründen), und inwieweit wurde die Ankündigung umgesetzt, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wolle alle Asylverfahren von Asylsuchenden aus Tunesien, Marokko und Algerien bis zum

10. März 2016 entscheiden (vgl. ebd., bitte so ausführlich wie möglich beantworten mit Angaben zur Zahl der diesbezüglichen Entscheidungen, die getroffen wurden bzw. die noch offen sind, usw.)?

35. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche weitere „Vertiefung der Sicherheitszusammenarbeit auf mehreren Ebenen“ haben der Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière (CDU), und seine ägyptischen Gesprächspartner zuletzt beschlossen (Pressemitteilung der Deutschen Botschaft Kairo vom 31. März 2016, bitte die verabredeten Zusammenarbeitsformen in den Bereichen Terrorismus, Illegale Migration, Luftsicherheit und Organisierte Kriminalität aufführen), und zu welchen Überlegungen hinsichtlich des vormals wegen staatlicher Repression gebremsten (Bundestagsdrucksache 18/3054), laut der deutschen Botschaft nunmehr unterschriftsreifen deutsch-ägyptischen Sicherheitsabkommens haben bei der Bundesregierung Berichte geführt, wonach der Mord an dem italienischen Journalisten Giulio Regeni mutmaßlich von ägyptischen Sicherheitsbehörden verantwortet wird (SPIEGEL ONLINE vom 4. April 2016) und die italienische Zeitung „Corriere della Sera“ in einem Dossier zu Giulio Regeni überdies von 533 Verschwundenen in den letzten acht Monaten schreibt, deren Entführung auch auf das Konto von Polizei oder Geheimdiensten gehen könnte (www.corriere.it/reportages/esteri/2016/regeni-scomparsi-egitto/)?

36. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit wann ist der Bundesregierung oder ihr nachgeordneten Stellen (insbesondere dem Generalbundesanwalt, dem Bundesamt für Verfassungsschutz, der Bundespolizei) der Verdacht bekannt, dass Uwe Mundlos und später auch Beate Tschäpe in dem Unternehmen des Rechtsextremisten und Vertrauensmanns des Verfassungsschutzes, Ralf Marschner, von 2000 bis 2002 – also nach Begehung der ersten NSU-Morde – angestellt waren oder für dieses Unternehmen gearbeitet haben sowie dass ein Zeuge Uwe Mundlos zweifelsfrei als Vorarbeiter dieses Unternehmens wiedererkannt hat, und was haben die Bundesregierung

oder ihr nachgeordnete Stellen bisher veranlasst, um diesen Verdacht aufzuklären und insbesondere auch um mögliche Beweismittel wie z. B. Unterlagen und Akten bei Ralf Marschner in dessen Unternehmen und beim Bundesamt für Verfassungsschutz sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

37. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hoch sind die Geldsummen, die die Bundesrepublik Deutschland wegen der infolge der Finanzkrise gesunkenen Zinslasten seit dem Jahr 2010 eingespart hat, und demgegenüber die Kosten der Krise in Griechenland, selbst wenn dieses Land seine Schulden komplett nicht bedienen würde, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Deutschland danach möglicherweise von der Griechenland-Krise profitieren wird?

38. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Für wie realistisch hält die Bundesregierung die zwischen Griechenland und der Quadriga aus Internationalem Währungsfonds (IWF), EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Europäischem Stabilitätsmechanismus vereinbarten Privatisierungserlöse von 50 Mrd. Euro, und welche Eckwerte sind für sie in Bezug auf das zu erwartende griechische Wachstum, einen möglicherweise abzusenkenden Primärüberschuss und eine damit im Zusammenhang stehende Schuldenerleichterung akzeptabel, um in den aktuellen Verhandlungen ein kohärentes Programm für Griechenland zu formulieren (vgl. Brief der IWF-Direktorin Christine Lagarde an den griechischen Premierminister Alexis Tsipras, www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr16149.htm)?

39. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie hoch ist das Steueraufkommen (Grunderwerbsteuer) aus der Besteuerung des Grunderwerbs bei Unternehmensübertragungen (einschließlich der Übertragung von mehr als 95 Prozent der Unternehmensanteile entsprechend § 1 Absatz 2a und 3 des Grunderwerbsteuergesetzes), und wie hoch schätzt das Bundesfinanzministerium das vermutliche Steueraufkommen bei einer Absenkung der Besteuerungsschwelle auf 75 bzw. 50 Prozent ein (bitte jeweils getrennt nach landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Unternehmen)?

40. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Warum kann nach Ansicht des Bundesfinanzministeriums nur die Übertragung von mindestens 95 Prozent der Anteile an einer grundbesitzenden Gesellschaft mit dem Erwerb eines Grundstückes gleichgestellt (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 18/8052) und nicht der prozentuale Anteil am Grundstückswert bei einer Absenkung der Besteuerungsgrenze der Besteuerung unterworfen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

41. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung das Problem bekannt, dass Auszubildende in einer dualen Ausbildung die Mehrkosten, die durch Blockunterricht an einem anderen Ort entstehen (wie z. B. Unterkunfts- und Anfahrtskosten), nicht durch die Berufsausbildungsbeihilfe finanziert bekommen können, wodurch insbesondere geflüchtete Auszubildende ohne Familie in Deutschland für die Deckung dieser Mehrkosten auf Spenden oder ähnliche freiwillige bzw. private Unterstützungsangebote angewiesen sind, und wie will die Bundesregierung dieses Problem im Sinne der Auszubildenden lösen?

42. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die vom UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderung geforderte umfassende und wirksame Strategie zum Schutz behinderter Frauen und Mädchen vor Gewalt sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich umzusetzen (Nummer 36 der Abschließenden Bemerkungen über den ersten Staatenbericht Deutschlands vom 17. April 2015), und wie rechtfertigt sie, dass sie die Strategie nicht innerhalb der in Nummer 63 gesetzten Frist von zwölf Monaten nach Verabschiedung der Abschließenden Bemerkungen realisiert hat?



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333